

Druckbedingungen und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe angegeben
Redaktion: SW. 68, Cindensstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292-207
Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Verlag und Anzeigenabteilung:
Geschäftszeit 9-5 Uhr
Verleger: Bornhorts-Verlag GmbH,
Berlin SW. 68, Cindensstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292-207

Programm-Debatte in Heidelberg.
Silferdings Referat.

Heidelberg, 18. September. (Eigener Drahtbericht.)

Die Freitagssitzung des Parteitag...
Sämtliche Inhaber von Vorstandsämtern sind wiedergewählt.
Hermann Müller erhielt 327, Otto Weis 294 und Arthur Crispian 247 Stimmen.

Dann werden die noch übrig gebliebenen Anträge aufgearbeitet.
Der Antrag auf Förderung der Verwendung des Esperanto im internationalen Verkehr wird dem Parteivorstand überwiesen.
Vorgeschlagen waren Münster, Hamburg, Frankfurt und Offen.
Weis bemerkt dabei, daß, nachdem das Geschäftsjahr der Partei mit dem Kalenderjahr in Uebereinstimmung gebracht worden ist, der nächste Parteitag wahrscheinlich erst in anderthalb Jahren stattfinden würde, falls nicht wichtige politische Ereignisse dagegen sprechen, und daß die Parteitage für die Zukunft überhaupt in der Regel in die Osterwoche verlegt werden würden.

Bericht der Beschwerdekommision.

Dann wird der Bericht der Beschwerdekommision entgegengenommen.
Als Berichterstatter fungierte Genosse Buchwiz.
In einem Falle handelt es sich um eine Beschwerde des Genossen Bette gegen eine ihm erteilte Rüge.
Ein parteigenösslicher Beamter hatte ihn um seine Hilfe gebeten.
Es wurde im Beisein von Zeugen das Material skizziert, damit Bette beim Minister vorstellig werden könne.
Als Exemplar bekam Bette ein anderes Exemplar des Genossen Art.
Bette hat sich dann am anderen Tage beim Minister der Sache energisch angenommen.
Dabei äußerte der Minister, er könne in dem Falle nur tätig sein, wenn er das Material schriftlich skizziert bekäme.
Bette hat sein Material in Heidelberg vorgelesen und hielt sich für berechtigt, dem Minister das Material auszuhändigen, das für Art bestimmt war.
Das führte zunächst dazu, daß die Heidelberger Organisation den Ausschluß Bettes veranlaßte.
Das Schiedsgericht erkannte seinen ehelichen Willen an, den Beamten in seiner Not zu helfen, daß er nichts Ehrenrühriges getan habe, hob daher den Ausschluß auf und erteilte ihm eine Rüge.
Den Einspruch Bettes gegen diese Rüge hat die Kommission verworfen, da er nicht die Vorsicht habe walten lassen, die seine Stellung erforderte.

Buchwiz berichtet dann auch über die Entscheidung der Kommission im Falle Bauer.
Nach Wiederlegung des Mandats durch Bauer selbsterzigt wurde von der Berliner Bezirksorganisation kein Ausschluß vollzogen.
Dagegen erhob Bauer Einspruch.
Das Schiedsgericht sprach ihn frei und nun beantragte die Berliner Bezirksorganisation beim Parteitag, daß Bauer eine Rüge erteilt werden solle.
Der Antrag der Kommission lautet dahin: Der Parteitag möge dem Genossen Bauer eine Rüge in schärfster Form erteilen.
Von einem weitergehenden Antrag wird abgesehen, weil die politische Laufbahn des Genossen Bauer als abgeschlossen anzusehen sei.
Nach Ansicht der Kommission hat Bauer das Vertrauen, das ihm die Partei durch die Uebertragung wichtiger Funktionen entgegengebracht hat, nicht gerechtfertigt.
Sein Verhalten läßt sich nach Meinung der Kommission nicht mit den Anforderungen vereinbaren, die an einen sozialistischen Parteiführer gestellt werden müßten.
Zwar hat Bauer vom Standpunkt der bürgerlichen Auffassung nicht unzuverlässig gehandelt, aber nach Ansicht der Kommission hat eine proletarisch-sozialistische Partei einen anderen Maßstab anzulegen.
Nach dem einstimmigen Urteil der Kommission hat Bauer diesen Forderungen nicht entsprochen.
Ein heute schriftlich erhobener Einspruch Bauers, daß die statutenmäßige Frist nicht eingehalten sei, traf nicht zu.

Weis teilt mit, daß von Bauer ein Telegramm eingelaufen sei, er erlaube, daß die Beschwerdekommision in diesem Geheimverfahren weitgehende Befugnisse gegen ihn gehabt haben soll.
Er erwarte, daß der Parteitag dem Urteilspruch, der ohne Anhörung des Beklagten gefällt worden sei, nicht zustimme.

Pfäfer-Stuttgart: Die Kommission hat dem Angeklagten keinerlei Gelegenheit gegeben, sich vor der Kommission zu rechtfertigen und Auskunft zu erteilen.
Ich habe gegen ein solches Verfahren das schärfste Bedenken, zumal das Schiedsgericht nach eingehenden Verhandlungen ohne Anhörung Bauers einstimmig zu dem Urteil kam, daß ihn keine Schuld treffe.
Ich bitte, die Anträge dem Parteivorstand zu überweisen, mit dem Auftrag, ein neues Schiedsgericht anzuberaumen und durch dieses den Fall unter Hinzuziehung des Angeklagten noch einmal zur Erörterung zu bringen.
Die Partei hat ein politisches Interesse daran, daß der Mann, den man zum deutschen Reichsanführer machte, maßlos vor der Öffentlichkeit dsteht.
(Sehr wahr!)
Zum mindesten darf ein abschließendes Urteil gegen diesen Mann nicht ohne ihn zu hören gefällt werden.
Das würde eine Art Justiz sein, die die Partei nicht erteilen kann und darf.
(Sehr richtig!)

Weis: Nicht nur der Angeklagte ist nicht gehört worden, sondern auch das Schiedsgericht nicht.
Es besteht die Ihnen allen bekannte Lage der in der Bewegung stehenden Genossen.
Ich bin der Auffassung, daß die Partei sich selbst den besten Dienst erweist, wenn sie diesem Antrag Pfäfer zustimmt.
Damit ist ein Urteil nicht gesprochen, sondern nur die Möglichkeit zu objektiver Prüfung gegeben.

Der Antrag Pfäfer wird angenommen.

Ueber eine Beschwerde von Bapenheim-Schmalzden gegen seinen Ausschluß berichtet Rich-Tena:
Die Kommission empfahl die Aufhebung des Ausschlusses wegen erheblicher Fehler und Statutenwidrigkeiten des statutenfindenden Verfahrens.

Der Parteitag schließt sich diesem Antrag an.

Die Programmdebatte.

Es folgt nun der letzte noch zu erledigende Punkt der Tagesordnung: Die Beratung des Parteiprogramms.

Berichterstatter Silferding:

Das ungeheure Geschehen des letzten Jahrzehnts hat nicht nur eine neue Staatsordnung, sondern auch eine grundlegende Umgestaltung in dem Verhältnis der Kräfte in kapitalistischen Ländern gebracht.
Krieg und Revolution haben uns über die Flut der historischen Entwicklung hinausgehoben, und wir versuchen nunmehr, diese Fluten zu meistern.
Daraus entsteht das Bedürfnis nach Ueberprüfung des Parteiprogramms, unserer Grundzüge und Forderungen.
Dieselbe Entwicklung war freilich dem Studium der neuen Probleme wenig günstig.
Unter den Waffen Schweigen nicht nur die Künste, sondern auch die Wissenschaft.
Andere Parteien der Internationale haben deshalb Kommissionen eingesetzt und ihnen längere Zeit zur Prüfung der einzelnen Punkte gegeben.
Wir aber verlangen sofortige Verabschiedung des neuen Programms, weil wir in einer Zwangslage sind.
Ein Teil der Partei hat sich im Erfurter Programm eine neue theoretische Grundlage gegeben, der andere Teil am Erfurter Programm festgehalten; der Rürnberger Parteitag hat nur ein kurzgefaßtes Aktionsprogramm aufgestellt, und so müssen wir der Partei ein neues Programm geben.
Dem Erfurter Programm war eine Diskussion von einem Jahrzehnt vorhergegangen, in dem sich erst eine wirklich marxistische Schule herausbildete.
Trotzdem glauben wir auch diesmal, daß die Arbeit der Programmkommission nicht nur dem Bedürfnis der Stunde genügt.
Wir haben im grundsätzlichen Teil festzulegen versucht, was tatsächlich Gemeingut der Parteimitglieder sein kann.
Es war deshalb unmöglich, die Wünsche besonderer Richtungen aufzunehmen.
Wir müssen uns beschränken auf das, was allen Parteigenossen, allen Sozialisten Deutschlands und auch der Internationale sich als gemeinsame theoretische Ueberzeugung ausprägen muß.
Die Arbeit wurde uns wesentlich dadurch erleichtert, daß der Schöpfer des Erfurter Programms, Karl Kautsky, uns als Grundlage der Arbeit einen Entwurf geliefert hat.
(Bravo!)

Nach der Revolution, in der die Arbeiterklasse in vielen Ländern vorübergehend einen starken Anteil an der Macht hatte, wurde sie vor die Frage der Sozialisierung gestellt.
So vorübergehend die Situation war, so weitgehende und fruchtbare Erkenntnisse hat sie vermittelt.
Wir müßten abrücken von den alten Anschauungen des Staatssozialismus.
Wir müßten erkennen, daß der Prozeß der Sozialisierung nur geleitet werden kann, wenn er zugleich ein Prozeß der Wirtschaftsdemokratisierung ist.
Im schärfsten Gegensatz zu der Annahme, daß die Staatsbürokratie die Wirtschaft leiten könne, mußten wir erkennen, daß die Leitung der Wirtschaft beruhen muß auf der Produktion selbst unter der Kontrolle der Konsumenten und des demokratischen Staates.
Demgemäß wurden die Uebergangsstufen konstruiert, die an Stelle der großen kapitalistischen Monopole die wichtigsten Energiequellen verwalten sollten.
Unsere Auffassung trat dadurch in schärfstem Gegensatz nicht nur zum Staatssozialismus, sondern auch zum Sozialismus der Despotie, wie ihn die Bolschewiki in Rußland zu verwirklichen trachteten.
Von dem Kernpunkt der sozialistischen Auffassung selbst trennt sich der demokratische Sozialismus unvereinbar vom Bolschewismus.
Das System der Wirtschaftsräte, von den Betriebsräten an aufsteigend, wurde als Notwendigkeit der neuen Organisation erkannt.
Die Partei trat damals sofort in dieselbe Linie wie die Gewerkschaften, denen ebenfalls die Entwicklung eine ganz neue Schule gewiesen hatte.

In der früheren Periode waren die Gewerkschaften notwendigerweise vor allen Organisationen zur Anpassung der Arbeiterverhältnisse an das kapitalistische System, die lediglich die Ausbeutung zu verringern trachteten.
Jetzt trat auch in dem Gewerkschaftskampf das sozialistische Wirtschaftsziel, das Ziel der Wirtschaftsdemokratie, von selbst auf und verband sie mit uns in wahrhaft sozialistischem Sinne.

Obwohl die Trennung der Weltanschauung die christlichen Gewerkschaften abteilt, die notwendige Gewerkschaftseinheit wiederherzustellen, drängten sich uns aus den Bedürfnissen des Proletariats heraus diese so tiefen sozialistischen Ziele auf.
Unter diesen Umständen erfuhr unser Verhältnis zu den Gewerkschaften eine neue Konsolidierung.
Es ist letzter Zeit ein Brief des Vorstandes des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes an den Parteivorstand veröffentlicht worden, in dem die Gewerkschaften gegen zwei Formulierungen des ursprünglichen Programmwerkes Einspruch erhoben.
Wir sind dieses Bedenken in der Formulierung gern nachgegeben und haben das Mißverständnis wegeräumt, als ob jemand in der Partei auf eine Art Oberleitung und Benennung der Gewerkschaften Anspruch erhebt.
Die Einheit des politischen und wirtschaftlichen Kampfes spricht aus jeder Zeile des Programmwerkes.
Die Verwirklichung des Sozialismus ist das, was man konstruktiven Sozialismus nennen kann; sie wird also die künftigen Parteitage noch eingehend beschäftigen müssen.

Die andere große Tatsache der Entwicklung war die Erringung der Demokratie.

Die Befestigung des Obergeldestaates in ganz Mitteleuropa.

Es wird immer von bürgerlicher Demokratie gesprochen, aber auch die Demokratie ist nicht die politische Form der sozialistischen Gesellschaft.
Daß der Sozialismus nur bei der vollen gleichberechtigten Betätigung der Arbeiterklasse in der Gesellschaft, also nur im demokratischen Rahmen verwirklicht werden kann, hat namentlich Rosa Luxemburg in ihrer nachgelassenen Schrift überzeugend nachgewiesen.
Aber nach der geschichtlichen Entwicklung darf man überhaupt nicht von bürgerlicher Demokratie sprechen.
Gefordert wurde sie zuerst von den Vertretern des dritten Standes, in dem Bourgeoisie und Proletariat noch vereint waren, später aber im harten Kampf des Proletariats gegen die Bourgeoisie.

Das Ziel der Bourgeoisie, der Ausschluß der Arbeiterklasse von den politischen Rechten und die Erringung der Demokratie muß notwendigerweise die Klassengegenstände voll entfalten.
Deswegen ist die Erhebung der Demokratie auch eine wichtige

Errungenschaft des Proletariats, das Mittel, das Ziel, die Macht der Arbeiterklasse zur Eroberung der Staatsmacht auszunutzen.
Nur so wird der Widerspruch zwischen politischer Freiheit und ökonomischer Unfreiheit aufgehoben und, wie Marx es ausdrückt, zur politischen Emanzipation die menschliche Emanzipation hinzugefügt.
Die Befestigung des Obergeldestaates in seiner alten Form bedeutet, daß der politische Wille kräftiger geworden ist und daß die Entwicklung von der politischen Gestaltung der Masse abhängt.
Darum müssen wir in ganz anderer Weise als im Erfurter Programm Stellung nehmen zu dem Problem der Staats-, Finanz- und Handelspolitik.
Deshalb brauchen wir neben dem theoretischen Teil ein ausgearbeitetes Aktionsprogramm.
Die Programmkommission hat ihre Tätigkeit auch auf dieses Gebiet ausgedehnt und, wie ich glaube, besonders

in zwei Punkten Fortschritte erzielt: bei der Systematisierung der lohnpolitischen Forderungen, der auch die Vertreter der Gewerkschaften zugestimmt haben, und in dem, was über die Verfassung und Verwaltung gesagt wird.

Natürlich haben wir da an die Spitze gestellt die Behauptung und den Ausbau der demokratischen Republik.
Der Ausbau muß zu einem Aufbau des Einheitsstaates führen, und dieser Gedanke muß unsere Vertreter in den einzelnen Ländern stärker erfüllen.
Neben der Demokratie der Verfassung brauchen wir die demokratische Verwaltung, die Selbstverwaltung.
Wir müssen haben den Einheitsstaat und die neu vorgenommene Gliederung der Länder und Gemeinden mit wirklicher Selbstverwaltung.
Die Demokratie legt uns auch den Zwang auf, im hohen Grade die Mittelschichten zu gewinnen, die zur Eroberung der politischen Macht notwendig sind.
Die ökonomische Entwicklung hat in der Industrie, im Handel, in den Banken die geistigen Arbeiter und Kopfarbeiter geschaffen, die als notwendige Glieder des Produktionsprozesses wichtige Aufgaben in der Produktionsleitung, Produktionsförderung und Produktionskontrolle zu erfüllen haben.
Ihre Zusammenfassung in Betrieben hat sie interessentbewußt gemacht und zugleich vom Aufstieg in die privilegierte Stellung ausgeschlossen.
Diese Schichten sind schneller gewachsen, als das eigentliche Proletariat, und der Aufstieg der Angestelltenbewegung ist eines der bedeutendsten Zeichen der Gegenwart.
Wir brauchen diese Angestellten nicht nur politisch, sondern auch ökonomisch zur Entwicklung der wirtschaftlichen Demokratie.
Auf der anderen Seite müssen wir unseren Blick auf

Die großen Massen im landwirtschaftlichen Kleinabteil.

richten, die noch heute die eigentliche Stütze der bürgerlichen Herrschaft sind.
Die Beherrschung der agrarischen Entwicklung in der Erfurter Programm trifft nicht mehr zu.
Wir müssen deshalb die agrarische Entwicklungstendenzen neu prüfen und die spezifischen Ursachen ergründen, die in der kapitalistischen Wirtschaft das Fortleben und die Störung der bäuerlichen Betriebe möglich machen.

Wir müssen auch die proletarischen und halbproletarischen Schichten auf dem Lande feststellen und die Richtung weitergeben, die der bekannte Antrag Müller-Franken zur Bodenfrage anschneldet.
Schon der nächste Parteitag wird hoffentlich das Agrarprogramm in vollem Umfange feststellen können.

(Schluß in der Morgenausgabe.)

Schluß des Parteitages.

Am 1.15 Uhr wurde der Parteitag nach Erledigung der vorliegenden Anträge geschlossen.

Die Befreiungsfeier im Ruhrgebiet.

Essen, 18. September. (WZB.) Der preussische Ministerpräsident Braun und der preussische Minister des Innern Seevering, begleitet vom Ministerialdirektor Böhrs, sowie von den Ministerialräten Dr. Uemelungen und Eitzen, besuchten heute vormittag auf dem Friedhof in Essen die 13 Gräber der während der Besatzungszeit auf den Kruppischen Werken vernichteten Menschenleben.
Der Ministerpräsident legte einen Kranz nieder mit Schleifen in schwarzrotergoldener und schwarzweißer Farbe und mit der Aufschrift: „Den Toten vom 31. März 1923. Die preussische Staatsregierung.“

Essen, 18. September. (WZB.) Am 10 Uhr begab sich der Reichspräsident zum Ehrenfriedhof und legte am Grabe der 13 Kruppischen Arbeiter, die ein Opfer der Ruhrbesetzung geworden sind, einen Kranz nieder.

Wahlsieg in England.

Der Kandidat der Arbeiterpartei gewählt.

London, 18. September. (WZB.) Bei der Erziehung zum Unterhaus in Stockport wurde der Arbeiterkandidat mit 2029 Stimmen gewählt.
Der konservative Kandidat erhielt 1780, der liberale 1726 Stimmen.

Von drei Matrosen des französischen Panzerkreuzers „Voltaire“, die sich wegen Meuterei zu verantworten hatten, wurde der eine zu drei, der andere zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt; der dritte wurde jedoch freigesprochen.
Es war ihnen zur Last gelegt, an Bord des Kriegsschiffes kommunistische Organisationen gegründet zu haben.
— Die kommunistische „Humanité“ ist wegen eines Artikels, der Soldaten zum Ungehorsam aufruft, in Antenne verjagt worden.



## Die deutschnationale Sabotage.

### Die Wirkung des Hergt-Vorstoßes im Auslande.

London, 18. September. (E.P.) Die Morgenpresse kommentiert die Rede Hergts und die daran geknüpften Betrachtungen der deutschen Presse. Wenn auch ein Teil der deutschen Presse die Rede Hergts als ein Signal auffassen müsse, Stresemann und damit die Vorkterhandlungen zu Fall zu bringen, so sei dies doch unwahrscheinlich, weil die deutschnationalen Minister des Kabinetts Luther ein Interesse daran hätten, ihre Stellungen zu behaupten. Der Berliner Berichterstatter der „Times“ meint, die Deutschnationalen mühten sich entscheiden, ob die deutsche Unterschrift unter dem Sicherheitspakt auch Verpflichtungen für ihre Ehre mit sich bringen solle oder ob sie eine Krise heraufbeschwören wollten, bei der die europäische öffentliche Meinung ein für allemal die Ehrlichkeit Deutschlands rüchten würde. In Wirklichkeit sei die deutschnationale Politik unbeständig, da sie sich dauernd vor der Übernahme von Verantwortlichkeiten scheue.

### Auch die Völkischen gegen Stresemann.

München, 18. September. (U.) Die Bundesleitung des Nationalsozialistischen Volksbundes erläßt eine Erklärung, in der es u. a. heißt: „Der Nationalistische Volksbund tritt der Stresemann-Außenpolitik auf das Schärfste entgegen. Durch die Politik des derzeitigen Außenministers läuft das deutsche Volk Gefahr, für ewig in die Fesseln der Unfriedensverträge von Versailles und St. Germain verstrickt zu werden und zum dauernden politischen und militärischen Sklaven derer zu werden, die die sogenannten Verträge diktiert haben. Kein Fuß breit deutschen Landes darf in einem Vertrag neuerdings preisgegeben werden, auch nicht durch eine Anerkennung der Grenzen der jetzt bestehenden Staaten und durch das Versprechen der Sicherheit für diese Grenzen. Ohne feste Sicherheiten in dieser Richtung darf keine weitere Verhandlung geführt werden. Die Räumung Kölns ist von den Westmächten sofort zu vollziehen. Das deutsche Land darf nicht zum Schauplatz kommender Kriege fremder Völker gemacht werden, auch nicht auf dem Wege über einen Eintritt des Deutschen Reiches in den Völkerbund. Eine Politik, die wirklich Deutschland dient, kann nach Meinung des Nationalsozialistischen Volksbundes von Stresemann niemals geführt werden. Deshalb erwidert der Nationalsozialistische Volksbund auf das bestimmteste, daß die bayerische Regierung mit aller Kraft gegen die Stresemann-Politik vorgeht und ebenso auf das entschiedenste auf einen Rücktritt des derzeitigen Außenministers hinwirkt.“

## Justizwillkür in Mecklenburg.

### Skandalöse Prozesse gegen das Reichsbanner.

Am 29. und 30. September findet vor dem Schöffengericht in Grevesmühlen der seit langem angekündigte Reichsbannerprozess gegen 17 Kameraden des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold wegen Landfriedensbruchs und Körperverletzung statt. Der Prozess wird das ganze Problem des völkischen Terrors in Mecklenburg neu aufrollen. Die Grevesmühlener Prozess ging der sogenannte Teschendorfer Reichsbannerprozess voraus. Auf dem in der Nähe Rostocks gelegenen Rittergut Teschendorf, wo sich infolge des Terrors der auf den Gütern der Umgebung untergebrachten Rottbach-Horden schon viel Jügendstoff angehäuft hatte, fand im letzten Wahlkampf eine öffentliche Wahlversammlung der SPD. statt, zu der das Reichsbanner den Saalbesitzer übernommen hatte. Infolge der Provokation der Stahlhelmeleute entstand kurz nach der Versammlungseröffnung eine Schlägerei. Obwohl feststeht — und auch von Zeugen unter Eid bekundet wurde, daß Stahlhelmeleute zuerst geschlagen haben, ist doch von der Staatsanwaltschaft nicht gegen diese, sondern gegen die Republikaner eingeschritten worden. Fünf Reichsbannerleute, unter diesen der Versammlungsleiter, ein parteigenössischer Bekehrter, wurden unter Anklage gestellt. Gegen vier derselben fand im April die Verhandlung in dem Städtchen Telsin statt. Ein großes Heer von Zeugen waren aufgeboden. Die Kleinstadt hatte ihre Sensation. Dazu kam, daß, wie schon berichtet, der Zeuge „Ehrhardimann“ Rosenkrank, von dem feststand, daß er den Hauptangeklagten nicht belasten würde, plötzlich verschwand. Nach eifriger Verhandlung wurden zwei der angeklagten Republikaner freigesprochen, ein Reichsbannermann wegen Körperverletzung zu vier Wochen und der Versammlungsleiter (Hauptangeklagte) wegen „Aufzorderung zum Ungehorsam gegen bestehende Gesetze“ zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt. Somit ist der Teschendorfer Reichsbannerprozess, der demnächst in Rostock in zweiter Instanz behandelt wird, bereits heute schon als reiflos zusammengebrochen zu betrachten.

Zweifellos wird der Grevesmühlener Prozess ebenso zusammenbrechen, wie sein Vorgänger in Teschendorf. Das bedeutsame an dieser Justizgroteske ist auch hier, daß durch die merkwürdige Rechtsauffassung des „republikanischen“ Staatsanwalts der überfallene und geschädigte Teil wieder einmal auf der Anklagebank sitzt und sogar durch 17 Haftbefehle über die Straflosigkeit einer republikanischen Rotwehr gegen völkische Angreifer befehlet worden ist.

Der Verteidiger der Angeklagten, Genosse Rechtsanwalt Dr. Bärensprung-Magdeburg, hat nunmehr gegen das Vorgehen der Staatsanwaltschaft, das mit dem Verzicht an das Ministerium des Innern völlig in Widerspruch steht, Beschwerde eingelegt und Widerklage gegen die Frontbann-Leute erhoben. Auch diese 17 Unterzuchungsgefangenen in Grevesmühlen sind lediglich die Opfer wohlorganisierter völkischer Terrors, der seit Monaten vor allem von Herrn Titus-Vivius und dessen Rittergut Teschendorf aus über den Rostocker Kreis ausgeübt wird. So mußte allmählich gegen die Banden des Herrn Titus Vivius eine Art Rotwehrgeneration aufgestellt werden, um republikanische Wahlerfassungen überhaupt abhalten zu können. Die Polizei und die Gendarmerie aber war gegen das mecklenburgische Rowdytum völlig machtlos geworden.

Als der Jügendstoff glücklich reif zur Explosion war, wurde dann einer der tätigen Republikaner und jungen Landarbeiter, Richard Wolfow, in Sanitz bei Teschendorf von zwei 18- bis 20-jährigen Hakenkreuzlern überfallen und kurzerhand auf der Dorfstraße niedergeschossen.

Die Rostocker Gerichte hätten also ein recht dankbares Feld der Tätigkeit, wenn sie dem völkischen Strauchrittertum gründlich ein Ende bereiten wollten, anstatt die niedergeknüppelten Republikaner aus ihren Familien herauszureißen und ins Gefängnis zu stecken, weil sie so frei waren, das Recht der Rotwehr für sich in Anspruch zu nehmen.

Der Deutsche Richtertag in Kugsburg hat zornbehebend die Bedeutung der republikanischen Abwehr gegen die Tendenzjurie deutscher Richter durch den Alarm in der Presse anerkannt. Auch der Herr Amtsgerichtsrat in Grevesmühlen wird es noch zu kosten bekommen, was es bedeutet, wenn ein republikanischer Richter es magt, die Mitglieder einer Schutzorganisation der Republik hinter Schloß und Riegel zu setzen und deren Angreifer, d. h. den staatsfeindlichen völkischen Organisationen, die Rolle des Anklägers zuzupielen.

## Keine Wohnungsnot — im Zoo.

Ohne Wohnungsnot und ohne Baukostenzuschuß sind die Affen in unserem Zoo zu neuen Wohnungen gekommen. Ein ganzes Haus hat man diesen Affen hingebaut. Es ist wunderschön eingerichtet, als Wintergarten könnten es selbst Menschen benutzen. Die Bauherren zeigten es heute einem Kreis geladener Gäste, und sie erneteten vollsten Beifall für ihr Werk. Mancher wird an sein kaltes möbliertes Zimmer oder an seine gekaufte Wohnung gedacht und die glücklichen Affen beneiden haben. Ganz heimlich aber nur. Offen stellt man solche Vergleiche nicht.

Das neue Affenhaus ist ein Erweiterungsbau des alten. Der Bauleiter, Architekt Behrend, hat gemeinsam mit dem Bildhauer Georg Koch den Neubau streng dem schon bestehenden angepaßt. Das gute Vorbild des alten Affenhauses konnte getrost als Muster für die neuen Wohnungen genommen werden, wenn sie auch im Innern den Erfordernissen der Neuzeit angepaßt sind. Man hat keine kalten Ränge gebaut, sondern in einer intimen Verbindung von Tier und Pflanze weit etwas Neues und Bemerkenswertes geschaffen. Die Besucher des Hauses bewegen sich auf feuchtgehaltenen Kieswegen, so daß jede Staubeentwicklung ausgeschlossen ist. Ein durch das ganze Haus laufender breiter Pflanzen- und Blumenstreifen wird durch eine Regenvorrichtung künstlich bewässert. Durch die Aufstellung von allen möglichen fremden und einheimischen Pflanzen hat man ein Pflanzenhaus mit Tieren geschaffen, im Gegensatz zu den sonst üblichen Tierhäusern, die lediglich durch einige Rübepflanzen verschönt wurden. Ein großer Gesellschaftsraum soll besonders die kleineren Affenarten aufnehmen. Er ist mit Kletterbäumen und Turn- und Schauapparaten, auf denen sich die Bewohner nach Herzenslust tummeln können, reichlich ausgestattet. Die beiden Einzeltiergehege, in der jeder Käfig nur eine Affenart beherbergt, sollen dagegen mehr dem ernsten Zweck der Belehrung dienen. Die Einzeltiere erhalten als besondere Neuuerung rot angestrichene Futtertulen, die jedem Besucher sofort auffallen und durch die eine Fütterung der Affen durch die Besucher ermöglicht wird. Daneben hat man einen kleinen Verkaufstisch errichtet, in dem man sogar das passende Futter, in Tüten verpackt, kaufen kann. Ein hübscher Vers:

Sohn und Tochter, Vater, Mutter  
Kauften hier ein schönes Futter!  
Bezeig' mir deine Güte  
Darauf eine volle Tüte!

wird seine Wirkung nicht verfehlen. Das neue Affenhaus ist ein weiterer Anziehungspunkt unseres Berliner Zoo, und besonders die Kinder werden an dem lustigen Treiben des Affendölkchens weiter ihre besondere Freude haben.

## „Brillante“ Geschäfte.

### Reinfall eines Amerikaners bei einem Uhrenkauf.

Die Repper machen neuerdings wieder „brillante“ Geschäfte. Vor einigen Monaten wurden eine ganze Reihe dieser Spezialisten von der Kriminalpolizei hinter Schloß und Riegel gesetzt. Jetzt haben sich aber wieder andere Gauner zusammengefunden, die in allen Stadtteilen mit Erfolg arbeiten.

In der Nähe des Steintiner Bahnhofes bot ein Mann, der angeblich in Verlegenheit war und deshalb Bertschen zu Geld machen mußte, einem Fremden eine „goldene Schlippsnabel mit echter Perle“ und einen kostbaren „Brillantring“ zum Kauf an. Der erste Helfershelfer, der „zufällig“ hinzukam, reizte unauffällig zum Kauf, und der harmlose Käufer erwarb die ziemlich wertlosen Schmuckstücke für 3000 Mark. — Ein Amerikaner kam am Abendheller Tor etwas billiger weg. Ihm bot ein Mann auf der Straße eine goldene Uhr an, wie es schien, zu einem verhältnismäßig billigen Preise. Diesen Handel sah ein zweiter Mann. Der fuhr entsetzt den Verkäufer an: „Wie kannst du die Uhr verkaufen? Die gehört uns beiden doch gemeinsam! Außerdem ist der Preis viel zu niedrig.“ Der Verkäufer ließ diese Zurechtweisung unberücksichtigt, und der Amerikaner, dem jetzt das Geschäft erst recht schmachhaft erschien, erklärte sich bereit, den Preis zu zahlen, auf den ein laienverständiger Juwelier die Uhr schätzen werde. Der Juwelier war bald gefunden. Vor einem Laden in der Nähe stand ein Mann ohne Mantel und Hut, als ob er der Inhaber des Geschäftes wäre. Der Verkäufer bot ihm ein sein Gutachten. Der vermeintliche Juwelier trat ein wenig beiseite, sah sich die goldene Uhr an und erklärte, daß sie unter Brüdern 1200 Mark wert sei. Jetzt war der Amerikaner überzeugt, daß er ein gutes Geschäft mache, zahlte die 1200 M. und ging befriedigt mit der Uhr davon. Bald erfuhr er jedoch, daß nicht alles Gold ist, was glänzt. Die Uhr war vollkommen wertlos. Die beiden Betrogenen und noch einige andere Opfer der Repper haben jetzt zusammen eine Belohnung von 3000 Mark auf die Ergreifung der Schwindler, anscheinend Russen, ausgelegt.

### Ankunft des zweiten japanischen Fliegers.

Heute vormittag 11 Uhr 30 Minuten landete das zweite japanische Flugzeug mit Hauptmann Kawaschi und Kagagiri, das gestern wegen Motordefekts in Königsberg zurückbleiben mußte. Die Flieger sind heute früh 8 Uhr 10 Minuten vom Flugplatz Königsberg aufgestiegen und haben die Strecke von 600 Kilometer Luftlinie in knapp 3½ Stunden zurückgelegt. Auf dem Flugplatz Tempelhof herrschte unter den Japanern, die zur Begrüßung gekommen waren, große Begeisterung, die noch die gestrige bei weitem übertraf. Zur Begrüßung war der japanische Vorkämpfer Egzellenz Honda und von der deutschen Regierung der Oberregierungsrat Rülisch-Hoffmann erschienen. Die Begrüßung der Gäste erfolgte durch den Direktor des Aero-Clubs, Dr. v. Raumer. Es folgten Ansprachen des japanischen Reichsleiters. Unter Absingen der japanischen Nationalhymne schloß der Empfang. Die Abfahrt der Japaner machte einen überraschenden und erfreulichen Eindruck. Die etwa zwölf Automobile waren mit japanischen und mit schwarzrotgoldenen Fahnen geschmückt.

### „Im Belange der Volksgesundheit.“

Vor einiger Zeit hat ein Reichsministerium einen Erlaß herausgegeben, der sich mit der unzulässigen Beschäftigung von Kindern in gewerblicher Arbeit beschäftigt. Darin heißt es:

„So verständlich bei der seit längerer Zeit bestehenden wirtschaftlichen Notlage arbeitender Bevölkerungsdreie das Bestreben der Eltern in einzelnen Fällen sein mag, die Kinder zu gewerblicher Arbeit heranzuziehen, so muß doch im Belange der Volksgesundheit auf eine möglichst strenge Schonung der Kinder und auf die Abstellung auftretender Auswüchse und Unzulänglichkeiten Bedacht genommen werden.“

Was heißt das: „Im Belange der Volksgesundheit“? Die wenigsten werden es wissen. Das Wort „Belang“ ist aber gewissermaßen ein heiliges deutsches Wort, denn es ist das einzige, daß sich aus dem Karnaal der Sprachreiniger, der nach den Tagen der Mobilmachung einsetzte, bis auf unsere Zeit gerettet hat. Man verbot sich damals an allem möglichen. Das Wort „Delikatessen“ mußte verschwinden und Feinstoff statt seiner dastehen. Heute sieht man längst wieder das Wort Delikatessen. Den Hoteliers legte man es sehr an ihr deutsches Herz, das Fremdwort „Hotel“ verschwinden zu lassen und dafür das schlichte deutsche Wort „Gasthaus“ zu setzen. Eine grimmige Federsehne entstand, denn wie sollte jemals „Gasthof“ gleichbedeutend sein können mit dem feudalen Hotel. So tragen gerade die „vornehmsten“ deutschen aber natürlich ganz international eingestellten Hotels Namen wie Bristol, Central, Continental, Ronopol, Esplanade und — höher geht's nicht — Excelsior, Ma-

den Sprachreinigern nun nirgends recht Erfolge blühen wollen, fiel ihnen das Wort Interesse in die Hände. Und da zwar alle Delikatessenhändler, Hoteliers, Im- und Exporteure, Kommissionäre, Interesse haben, nicht aber dem Wort Interesse, so konnte man das arme Interesse haben, nicht aber dem Interesse, so konnte man das arme Fremdwort malen und freien wie man wollte. Es war hilflos. Nachdem man sich die Köpfe genug erhitzt hatte, wurde man sich darüber einig, daß für das in jama Fremdwort Interesse nur ein einziges edles deutsches Wort in Betracht komme und das sei Belang. Seit der Zeit kann man gewiß sein, daß überall wo das Wort Belang auftaucht, ein echter deutscher Mann dahinter steht. Wer also nun nicht weiß, was „Belange der Volksgesundheit“ heißt, dem ist nicht zu helfen. Im übrigen soll einer verständigen und wirklich verständlichen Verdeutschung unnötiger Fremdwörter nichts in den Weg gelegt werden.

## Verbesserungen bei der Straßenbahn.

### Vorbereitungen für den Winter.

Im Anschluß an den von uns vor einiger Zeit veröffentlichten Beitrag über straßenbahntechnische Fragen können wir heute noch folgenden hinzufügen:

Die Verkehrsunternehmen Groß-Berlins stellen sich langsam auf den Winterverkehr um. Noch immer wird rastlos und beschleunigt an der Fertigstellung der Gleisumbauten und Reparaturen gearbeitet, um möglichst vor Eintritt des Frostes die Arbeiten auf den geplanten Strecken beenden zu haben. Immerhin sind im Laufe des Jahres wieder zirka 50 Kilometer Gleise erneuert bzw. repariert worden, wovon der größte Teil auf Hauptverkehrsstrecken entfällt. Die alljährlich bedingte Notwendigkeit, daß die für den Sommerverkehr eingerichteten Wagen bereits wieder mit Scheiben versehen und gut abgedichtet sind, ist in Anbetracht der vor einigen Wochen einsetzenden kalten Regenperiode erfolgt. Von den neuen gelben Triebwagen, die als Standardtyp angenommen worden sind, sind bereits bis heute 100 Wagen in Betrieb. Die Wagenbaumerke geben sich, nach den gewordenen Mitteilungen, alle erdenkliche Mühe, zum Winter recht viele Wagen fertigzustellen, um sie dem Verkehr zu übergeben.

Sehr erfreulich ist ferner, daß die neuen Wagen mit einer guten Heizung versehen sind und daß die Heizungsanordnungen bei den älteren Wagentypen ebenfalls wieder in Funktion treten werden, was zur kalten Jahreszeit vornehmlich auf der Straßenbahn doppelt wohltuend empfunden werden wird. Eine noch immer aktuelle Angelegenheit ist die erst neuerlich durch mehrere Straßenbahnunfälle hervorgerufene Frage der Bremsanordnungen. Allgemein ist jetzt die elektrische Bremse eingeführt worden, die am geeignetsten, also auch am sichersten für unsere klimatischen Verhältnisse gegenüber den Luftdruckbremsen, die sich nur noch an wenigen Triebwagen befinden, anzupreisen ist. Luftdruckbremsen unterliegen zu sehr Niederschlagsinflüssen und die Betriebsdirektion hat sich endgültig für elektrische Bremsen, der im äußersten Notfall noch die übliche Sandtreibbremse beigegeben ist, entschlossen. Ein zweites Uebel ist das häufige Herauspringen der Rolle aus der Oberleitung. Hier könnte ein Erfinder eine Vorrichtung erfinden, die das Abpringen der Rolle, das oft zu unliebsamen Schwingungen und Verkehrsbehinderungen führt, verhindert. Der früher bei der „Städtischen“ in Gebrauch befindliche Bügel, dessen Einführung bereits in Erwägung gezogen wurde, ist leider noch nicht praktisch durchführbar, da dies eine Umänderung der gesamten Straßenbahnkontaktsysteme und Oberleitungsanlagen zur Folge haben müßte.

Die neue Verkehrsart wird aller Wahrscheinlichkeit in der Mitte des Monats Oktober der Öffentlichkeit übergeben werden. Augenblicklich schweben noch mit verschiedenen Bezirksämtern Verhandlungen über Linienführungen und neuen Linien, die vor dem Abbruch stehen. Die vor einiger Zeit zum Schutze des Publikums zur Probe aufgestellten Pfeiler haben sich noch bewährt, so daß diese nach und nach in Hauptverkehrsstraßen aufgestellt werden können. Die Rücksichtslosigkeit gewisser Automobilisten wird wohl am besten durch die Mitteilung illustriert, daß schon einige Pfeiler am Kurfürstendamm von den Automobilisten in Grund und Boden gefahren wurden, was ja bei der heutigen Raserei, die trotz aller polizeilichen Verordnungen eher zu- als abnimmt, kein Wunder ist. Immerhin kann sich das Publikum der Hoffnung hingeden, daß in diesem Winter auf bessere Beförderungen, wie es der an und für sich so anspruchslos gewordene Berliner schließlich wünscht, zu rechnen ist.

## Eine furchtbare Familientragödie.

### Doppelmord und verführter Selbstmord.

Eine schreckliche Bluttat ereignete sich heute vormittag gegen 11 Uhr in dem Hause Bäckerstr. 27 in Neukölln, dem zwei Menschenleben zum Opfer fielen. Seit Jahren wohnt dort der 34jährige Kaufmann Oskar Engelmann mit seiner Ehefrau und seiner jetzt 12jährigen Tochter Edith. Heute vormittag hörten Mitbewohner in der Wohnung E.'s einige Schüsse fallen. Darauf ertönten Hilfschreie. Die Wohnung wurde gewaltsam erbrochen und den Eintretenden bot sich ein schrecklicher Anblick. Frau E. und ihre Tochter lagen, von mehreren Schüssen des Ehemanns getroffen, tot am Boden, während der Mann, der verführt hatte, nach der Tat sich selbst zu entleeren, noch schwache Lebenszeichen von sich gab. In hoffnungslosem Zustand wurde er durch das Rettungssamt in das Krankenhaus Neukölln übergeführt. Dem Vernehmen nach sollen gänzlich zerrüttete Verhältnisse des einmals gut situierten Engelmann, zu denen sich Nahrung Sorgen gesellten, ihn zu dieser entsetzlichen Tat getrieben haben.

Die Bestattung des Genossen Paul John findet am Sonnabend nachmittag 4½ Uhr auf dem Friedhof der Freireligiösen Gemeinde in der Poppelallee statt.

„Volk und Zeit“, unsere illustrierte Wochenchrift, und „Der Kinderfreund“ liegen der heutigen Postausgabe bei.

Achtung! Zehndorfer, 74. Abteilung. In ungemein wichtigen und dringenden, unaufschiebbaren Angelegenheiten findet heute (Freitag) abend bei Widley eine Funktionärsitzung statt, zu der alle Funktionäre erscheinen müssen.

Das Berliner Fortbildungsinstitut des Reichsverbandes Deutscher Dentisten bezieht am 26. und 27. September das Fest seines 25jährigen Bestehens. Aus diesem Anlaß werden in den Geländerräumen des Zoo eine Ausstellung der einschlägigen Industrien, sowie fachwissenschaftliche Vorträge veranstaltet. Im Fortbildungsinstitut selbst wird eine Fachausstellung alle ins Gebiet der Dentisten schlagenden Arbeiten veranschaulichen. Die Ausstellung ist auch dem Publikum zugänglich.

Ein Auto in Kirchturnhöhe abgestürzt. Wie die „Baller Nationalzeitung“ berichtet, ereignete sich in Andermatt auf der Furkastraße in einer der zahlreichen Kurven ein folgenschweres Automobilunglück. In einer Kurve der Furkastraße fuhr ein mit 5 Personen besetztes Privatautomobil über die Straßenböschung hinaus und stürzte etwa 100 Meter tief auf die untere Straße hinab. 4 Insassen wurden getötet, darunter auch die in Deutschland bekannte Sängerin Frau Dr. med. Lichtenhahn-Brenner. Der fünfte Insasse hatte sich durch rechtzeitiges Abpringen retten können.

## Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Rede-Kabio-Club, Bezirk Neukölln. Heute abend 8-10 Uhr in der „Halle“ „Gruppenabend“. Anmeldung zur Teilnahme an der Besichtigung der „Globe“ im Museum am 20. September 1923. Bitte mitkommen.



# Der neue Programmwurf.

Vorschlag der Heidelberger Programmkommission.

Die vom Heidelberger Parteitag eingesezte Programmkommission hat ihre Arbeiten nunmehr vollendet und dem Parteitag folgenden Programmwurf unterbreitet:

## Grundsätzlicher Teil.

Die ökonomische Entwicklung hat mit innerer Gefährdung zum Erstarren des kapitalistischen Großbetriebes geführt, der in Industrie, Handel und Verkehr immer mehr den Kleinbetrieb zurückdrängt und seine soziale Bedeutung verringert. Mit der immer stärker werdenden Entfaltung der Industrie wächst die industrielle Bevölkerung ständig im Verhältnis zur landwirtschaftlichen. Das Kapital hat die Massen der Produzenten von dem Eigentum an ihren Produktionsmitteln getrennt und den Arbeiter in einen besitzlosen Proletarier verwandelt. Ein großer Teil des Grund und Bodens befindet sich in den Händen des Großgrundbesitzes, des natürlichen Verbündeten des Großkapitals. So sind die ökonomisch entscheidenden Produktionsmittel zum Monopol einer verhältnismäßig kleinen Zahl von Kapitalisten geworden, die damit die wirtschaftliche Herrschaft über die Gesellschaft erhalten.

Zugleich wächst mit dem Vordringen der Großbetriebe in der Wirtschaft Zahl und Bedeutung der Angestellten und Intellektuellen jeder Art. Sie üben in dem vorgefertigten Arbeitsprozess die Leitungs-, Überwachungs-, Organisations- und Verteilungsfunktionen aus, sie fördern durch wissenschaftliche Forschung die Produktionsmethoden. Mit dem Anwachsen ihrer Zahl verlieren sie immer mehr die Möglichkeit des Aufstiegs in privilegierte Stellungen und ihre Interessen stimmen in steigendem Maße mit denen der übrigen Arbeiterklasse überein.

Mit der Entwicklung der Technik und der Monopolisierung der Produktionsmittel wächst riefenhalt die Produktivität der menschlichen Arbeit. Aber Großkapital und Großgrundbesitz suchen die Ergebnisse des gesellschaftlichen Arbeitsprozesses für sich zu monopolisieren. Nicht nur den Proletariaten, sondern auch den Mittelschichten wird der volle Anteil an dem materiellen und kulturellen Fortschritt, den die gesteigerten Produktivkräfte ermöglichen, vorenthalten.

Inmanierbrochen sind im Kapitalismus Tendenzen wirksam, die arbeitenden Schichten in ihrer Lebenshaltung zu drücken. Nur durch steten Kampf ist es ihnen möglich, sich vor zunehmender Erniedrigung zu bewahren und ihre Lage zu verbessern. Dazu gefeilt sich hochgradige Unsicherheit der Existenz, die stets drohende Arbeitslosigkeit. Diese wird besonders qualvoll und erbittern in Zeiten der Krisen, die jedem wirtschaftlichen Aufschwung folgen und in der Avarie der kapitalistischen Produktionsweise begründet sind.

Das kapitalistische Monopolstreben führt zur Zusammenfassung von Industriezweigen, zur Verbindung aufeinanderfolgender Produktionsstufen und zur Organisierung der Wirtschaft in Kartelle und Trusts. Dieser Prozeß vereinigt Industriekapital, Handelskapital und Bankkapital zum Finanzkapital.

Einzelne Kapitalistengruppen werden so zu übermächtigen Beherrschern der Wirtschaft, die nicht nur die Lohnarbeiter, sondern die ganze Gesellschaft in ihre ökonomische Abhängigkeit bringen.

Mit der Zunahme seines Einflusses benützt das Finanzkapital die Staatsmacht zur Beherrschung auswärtiger Gebiete als Absatzmärkte, Rohstoffquellen und Stätten für Kapitalanlagen. Dieses imperialistische Machtstreben bedroht die Gesellschaft ständig mit Konflikten und mit Kriegsgefahr. Doch mit dem Druck und den Gefahren des Hochkapitalismus steigt auch der Widerstand der stets wachsenden Arbeiterklasse, die durch den Mechanismus des kapitalistischen Produktionsprozesses selbst, sowie durch stete Arbeit der Gewerkschaften und der Sozialdemokratischen Partei gekübelt und vereint wird. Immer größer wird die Zahl der Proletarier, immer schroffer der Gegensatz zwischen Ausbeutern und Ausgebeuteten, immer erbitterter der Klassenkampf zwischen den kapitalistischen Beherrschern der Wirtschaft und den Beherrschten. Indem die Arbeiterklasse für ihre eigene Befreiung kämpft, vertritt sie das Gesamtinteresse der Gesellschaft gegenüber dem kapitalistischen Monopol. Eine gewaltig erstarkte Arbeiterbewegung, groß geworden durch die opferreiche Arbeit von Generationen, stellt sich dem Kapitalismus als ebenbürtiger Gegner gegenüber. Mächtiger denn je erhebt der Wille, das kapitalistische System zu überwinden und durch internationalen Zusammenschluß des Proletariats, durch Schaffung einer internationalen Rechtsordnung, eines wahren Bundes gleichberechtigter Völker, die Menschheit vor kriegerischer Vernichtung zu schützen.

Das Ziel der Arbeiterklasse kann nur erreicht werden durch die Verwindung des kapitalistischen Privateigentums an den Produktionsmitteln in gesellschaftliches Eigentum. Die Umwandlung der kapitalistischen Produktion in sozialistische für und durch die Gesellschaft betriebene Produktion wird bewirken, daß die Entfaltung und Steigerung der Produktivkräfte zu einer Quelle der höchsten Wohlfahrt und allseitiger Bervollkommnung wird. Dann erst wird die Gesellschaft aus der Unterwerfung unter blinde Wirtschaftsmacht und aus allgemeiner Zerissenheit zu freier Selbstverwaltung in harmonischer Solidarität emporsteigen.

Der Kampf der Arbeiterklasse gegen die kapitalistische Ausbeutung ist nicht nur ein wirtschaftlicher, sondern notwendigerweise ein politischer Kampf. Die Arbeiterklasse kann ihren ökonomischen Kampf nicht führen und ihre wirtschaftliche Organisation nicht voll entwickeln ohne politische Rechte. In der demokratischen Republik besitzt sie die Staatsform, deren Erhaltung und Ausbau für ihren Befreiungskampf eine unerläßliche Notwendigkeit ist. Sie kann die vorgefertigten Produktionsmittel nicht bewirken, ohne in den Besitz der politischen Macht gekommen zu sein.

Der proletarische Befreiungskampf ist ein Werk, an dem die Arbeiter aller Länder beteiligt sind. Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands ist sich der internationalen Solidarität des Proletariats bewußt und entschlossen, alle Pflichten zu erfüllen, die ihr daraus erwachsen. Dauernde Wohlfahrt der Nationen ist heute nur erreichbar durch ihr solidarisches Zusammenwirken.

Die Sozialdemokratische Partei kämpft nicht für neue Klassenprivilegien und Vorrechte, sondern für die Abschaffung der Klassenherrschaft und der Klassen selbst, für gleiche Rechte und Pflichten aller, ohne Unterschied des Geschlechts und der Abstammung. Von dieser Anschauung ausgehend, bekämpft sie nicht bloß die Ausbeutung und Unterdrückung der Lohnarbeiter, sondern jede Art der Ausbeutung und Unterdrückung, richtet sie sich gegen ein Volk, eine Klasse, eine Partei, ein Geschlecht oder eine Rasse.

Den Befreiungskampf der Arbeiterklasse zu einem bewußten und einheitlichen zu gestalten und ihm sein notwendiges Ziel zu weisen, ist die Aufgabe der Sozialdemokratischen Partei. In ständigem Ringen und Wirken auf politischem, wirtschaftlichem, sozialem und kulturellem Gebiet strebt sie zu ihrem Endziel.

## Aktionsprogramm.

### Verfassung.

Die demokratische Republik ist der günstigste Boden für den Befreiungskampf der Arbeiterklasse und damit für die Verwirklichung des Sozialismus. Deshalb schließt die Sozialdemokratische Partei die Republik und tritt für ihren Ausbau ein. Sie fordert:

Das Reich ist in eine Einheitsrepublik auf Grundlage der dezentralisierten Selbstverwaltung umzuwandeln. Auf dem organisch neu zu gliedernden Unterbau der Gemeinden und Länder erhebt sich eine starke Reichsgewalt, die in Gesetz und Verwaltung die für eine einheitliche Führung und den Zusammenhalt des Reiches notwendigen Befugnisse besitzt.

Ausdehnung der unmittelbaren Reichsverwaltung auf die Justiz: Alle Gerichte werden Gerichte des Reichs. Für die Sicherheitspolizei sind im Wege der Gesetzgebung einheitliche Grundzüge aufzustellen. Eine einheitliche Reichskriminalpolizei ist zu schaffen.

Abwehr aller monarchistischen und militaristischen Bestrebungen. Umgestaltung der Reichswehr zu einem zuverlässigen Organ der Republik.

Vollständige Verwirklichung der verfassungsmäßigen Gleichstellung aller Staatsbürger ohne Unterschied des Geschlechts, der Herkunft, der Religion und des Besitzes.

### Verwaltung.

Ziel der sozialdemokratischen Verwaltungspolitik ist die Erziehung der aus dem Obrigkeitsstaat übernommenen polizeistaatlichen Exekutivorgane durch eine Verwaltungsorganisation, die das Volk auf Grundlage der demokratischen Selbstverwaltung zum Träger der Verwaltung macht. Darum wird gefordert:

Demokratisierung der Verwaltung. Reichsgesetzliche Vereinheitlichung der Länderverwaltung.

Die Grundzüge der Verwaltung bestimmt das Reich. Die Durchführung obliegt den Selbstverwaltungskörpern, soweit es sich nicht um Angelegenheiten handelt, die wegen ihrer zentralen Natur der unmittelbaren Verwaltung durch das Reich bedürfen.

Den örtlichen und provinziellen Besonderheiten ist im Wege der Rahmengesetzgebung Spielraum zu lassen.

Ein reichsgesetzliches Landesverwaltungsrecht regelt gleichmäßig für alle Länder die Gliederung und die Zuständigkeit der staatlichen Verwaltungsbezirke und der Verwaltungsorgane.

Eine Reichsgemeindeordnung hat für Gemeinden und Gemeindeverbände (Landgemeinden, Städte, Kreise, Provinzen) einheitliches Recht zu schaffen. Das Einkammersystem ist für alle Selbstverwaltungskörper durchzuführen. Die Wahl der Bürgermeister ist auf Zeit festzusetzen. Die Selbstverwaltungskörper erledigen die Geschäfte ihres Verwaltungsbereichs im Rahmen der Reichs- und Landesgesetze selbstständig und unter eigener Verantwortung. Für Fragen von allgemeinem öffentlichen Interesse sind Volksbegehren und Volksabstimmung in den Gemeinden einzuführen.

Die Rechtskontrolle über die Verwaltung, insbesondere der Schutz des Staatsbürgers gegen die in seine Rechtssphäre eingreifenden Verwaltungsakte, ist durch unabhängige im Instanzenweg gegliederte Verwaltungsgerichte zu gewährleisten. Das Reichsverwaltungsgericht hat gleichzeitig die Aufgabe eines Obergerichtes in allen Landesachen.

Durch ein Reichskommunalisierungsgesetz und ein Reichsenteignungsgesetz sind den Gemeinden und Gemeindeverbänden die für die Durchführung und Ausdehnung der kommunalen Gemeinwirtschaft erforderlichen Befugnisse und Rechtsmittel einzuräumen. Die Form der Verwaltung ist so zu gestalten, daß einerseits die Betriebe in ihrer Wirtschaftsführung von bürokratischen Fesseln befreit werden, andererseits aber das unbeschränkte Bestimmungsrecht der öffentlichen Körperschaften gewahrt bleibt.

Für alle Beamten und Angestellten der öffentlichen Körperschaften ist ein einheitliches Dienstrecht zu schaffen, das Auswahl, Stellung, Beförderung, Interessentretung und Schutz nach demokratischen und sozialen Gesichtspunkten ordnet.

### Justiz.

Die Sozialdemokratische Partei bekämpft jede Klassen- und Parteijustiz und tritt ein für eine mit sozialem Geiste erfüllte Rechtsordnung und Rechtspflege unter entscheidender Mitwirkung gewählter Laienrichter in allen Zweigen und auf allen Stufen der Justiz.

Insbesondere fordert sie:

Im bürgerlichen Recht Unterordnung des Vermögensrechtes unter das Recht der sozialen Gemeinschaft. Erleichterung der Ehescheidung, Gleichstellung der Frau mit dem Manne, Gleichstellung der unehelichen Kinder mit den ehelichen.

Im Strafrecht größeren Schutz der Person und der sozialen Rechte, Ersetzung des Vergeltungsprinzips durch das Prinzip der Erziehung des einzelnen und des Schutzes der Gesellschaft. Abschaffung der Todesstrafe.

Im Strafrecht Wiederherstellung der Schwurgerichte und Ausdehnung ihrer Zuständigkeit insbesondere auf politische und Verbrechen, Zulassung der Berufung in allen Strafsachen, Befreiung aller die Verteidigung beeinträchtigenden Bestimmungen.

Im Untersuchungsverfahren Schutz des Inhaftierten gegen behördliche Mißgriffe. Verhaftung, außer im Falle der Ergreifung aus frischer Tat, nur auf Grund richterlichen Befehls, mündliche Verhandlung über Haftbeschwerden.

Im Strafvollzug reichsgesetzliche Regelung im Geiste der Humanität und des Erziehungsprinzips.

Öffentliche Beratung der Gerichte bei der Urteilsfindung.

### Sozialpolitik.

Der Schutz der Arbeiter, Angestellten und Beamten und die Hebung der Lebenshaltung der breiten Massen erfordern:

Schutz des Koalitions- und Streikrechts. Recht der Frauen auf Erwerbsarbeit. Verbot jeder Erwerbsarbeit schulpflichtiger Kinder.

Gesetzliche Festlegung eines Arbeitstages von höchstens acht Stunden, Verkürzung dieser Arbeitstage für Jugendliche und in Betrieben mit erhöhten Gefahren für Gesundheit und Leben. Einschränkung der Nachtarbeit. Wöchentliche ununterbrochene Ruhepause von mindestens 42 Stunden. Jährlicher Urlaub unter Fortzahlung des Lohnes.

Die Sorge für die Erledigung von Koalitionsarbeiten bleibt ausschließlich den Gewerkschaften überlassen.

Bekämpfung der Mißstände der Heimarbeit mit dem Ziel ihrer völligen Beseitigung unter weitgehender Fürsorge für die Betroffenen.

Überwachung aller Betriebe und Unternehmungen durch die Gewerbeinspektion, die unter Heranziehung von Arbeitern und Angestellten als Beamte und als Vertrauenspersonen zu einer Reichseinrichtung auszubauen ist.

Sicherung der Rechtsgültigkeit der Tarifverträge und Hilfestellung bei ihrem Abschluß durch die Schlichtungsbehörden. Selbständige Arbeitsgerichte, die losgelöst sind von der ordentlichen Gerichtsbarkeit.

Einheitliches Arbeitsrecht. Vereinheitlichung der sozialen Versicherung bis zu ihrem Umbau zu einer allgemeinen Volksfürsorge. Einbeziehung der Arbeitsunfähigen und Erwerbslosen.

Umfassende, vorbeugende, heilende und vorfögende Maßnahmen auf dem Gebiete der Volkswohlfahrt, insbesondere der Erziehungs-, Gesundheits- und Wirtschaftsfürsorge, einheitliche reichsrechtliche Regelung der Wohlfahrtspflege, die die Mitwirkung der Arbeiterklasse in ihrer Durchführung sicherstellt.

Förderung der internationalen Verträge und Gesetzgebung.

### Kultur- und Schulpolitik.

Die Sozialdemokratische Partei erstrebt die Aufhebung des Bildungsprivilegs der Besitzenden.

Erziehung, Schulung und Forschung sind öffentliche Angelegenheiten; ihre Durchführung ist durch öffentliche Mittel und Einrichtungen sicherzustellen. Unentgeltlichkeit des Unterrichts, Unentgeltlichkeit der Lehr- und Lernmittel, wirtschaftliche Versorgung der Lernenden.

Die öffentlichen Einrichtungen für Erziehung, Schulung, Bildung und Forschung sind weltlich. Jede öffentlich-rechtliche Einschränkung von Kirche, Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften auf diese Einrichtungen ist zu bekämpfen. Trennung von Staat und Kirche, Trennung von Schule und Kirche, weltliche Volks-, Berufs- und Hochschulen. Keine Aufwendung aus öffentlichen Mitteln für kirchliche und religiöse Zwecke.

Einheitlicher Aufbau des Schulwesens, Herstellung enger Beziehungen zwischen Vorkurs und geistiger Arbeit auf allen Stufen.

Gemeinsame Erziehung beider Geschlechter durch beide Geschlechter.

Einheitliche Lehrerbildung auf Hochschulen.

### Finanzen und Steuern.

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands fordert eine grundlegende, umfassende Finanzreform, die auf dem Prinzip der Quellenbesteuerung und der Lastenverteilung nach der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit aufgebaut ist.

Insbesondere: Weiterbildung der Einkommen-, Vermögens- und Erbschaftsteuer.

Gleichmäßige und einheitliche Steuerbelastung mit Offenlegung der Steuerlisten. Wirksame Verfolgung der Steuerhinterziehung, insbesondere durch obligatorische Buch- und Betriebsprüfung.

Steuerfreiheit für ein soziales Existenzminimum. Stärkste Schonung des Massenverbrauchs. Beseitigung der Umsatzsteuer.

Beteiligung der öffentlichen Gewalten am Vermögen und an der Verwaltung der kapitalistischen Erwerbsunternehmungen.

### Wirtschaftspolitik.

Im Kampfe gegen das kapitalistische System fordert die Sozialdemokratische Partei Deutschlands:

Grund und Boden, Bodenschätze und natürliche Kraftquellen, die der Energieerzeugung dienen, sind der kapitalistischen Ausbeutung zu entziehen und in den Dienst der Gemeinschaft zu überführen.

Ausgestaltung des wirtschaftlichen Räteystems zur Durchführung eines Mitbestimmungsrechts der Arbeiterklasse an der Organisation der Wirtschaft unter Aufrechterhaltung des engen Zusammenwirkens mit den Gewerkschaften.

Kontrolle des Reiches über die kapitalistischen Interessengemeinschaften, Kartelle und Trusts.

Förderung der Produktionssteigerung in Industrie und Landwirtschaft.

Förderung des Siedlungswesens.

Abbau des Schutzollsystems durch langfristige Handelsverträge zur Herstellung des freien Güterausstroms und des wirtschaftlichen Zusammenhanges der Nationen.

Ausbau der Betriebe des Reiches, der Länder und der öffentlichen Körperschaften unter Vermehrung der Bürokratisierung.

Förderung der nicht auf Erzielung eines Profits gerichteten Genossenschaften und gemeinnützigen Unternehmungen.

Förderung des gemeinnützigen Wohnungsbaues, öffentlich-rechtliche Gestaltung des Mietrechts, Bekämpfung des Bauwuchers.

### Internationale Politik.

Als Mitglied der Sozialistischen Arbeiter-Internationale kämpft die Sozialdemokratische Partei Deutschlands in gemeinsamen Aktionen mit den Arbeitern aller Länder gegen imperialistische und kapitalistische Vorköße und für die Verwirklichung des Sozialismus.

Sie tritt mit aller Kraft jeder Verschärfung der Gegensätze zwischen den Völkern und jeder Gefährdung des Friedens entgegen.

Sie fordert die friedliche Lösung internationaler Konflikte und ihre Austragung vor obligatorischen Schiedsgerichten.

Sie tritt ein für das Selbstbestimmungsrecht der Völker und für das Recht der Minderheiten auf demokratische und nationale Selbstverwaltung.

Sie widersteht sich der Ausbeutung der Kolonialvölker, der gewalttätigen Zerstörung ihrer Wirtschaftsformen und ihrer Kultur.

Sie verlagert die internationale Abrüstung.

Sie tritt ein für die aus wirtschaftlichen Ursachen zwingend gewordene Schaffung der europäischen Wirtschaftseinheit, für die Bildung der Vereinigten Staaten von Europa, um damit zur Interessensolidarität aller Kontinente zu gelangen.

Sie fordert die Demokratisierung des Völkerbundes und seine Ausgestaltung zu einem wirksamen Instrument der Friedenspolitik.

# Gewerkschaftsbewegung

## Um den Arbeitsbeginn der Bäcker.

In der öffentlichen Versammlung der Bäcker am Donnerstagabend im Gewerkschaftshaus referierte Schumann vom Nahrungsmittelarbeiter-Verband über den 5-Uhr-Anfang in den Bäckereien. Er führte etwa folgendes aus: Lange vor dem Kriege waren die Bäcker eine Arbeitergruppe, die wohl die schlechtesten Arbeitsverhältnisse hatte. Die überlange Arbeitszeit, die Nachtarbeit und das Kost- und Logiswesen hatten im Gefolge, daß die Bäcker an keinem Kulturfortschritt teilhaben konnten. Durch die Organisation gelang es, das Kost- und Logiswesen abzuschaffen, sowie einen freien Tag in der Woche zu schaffen. Durch die Zwangswirtschaft des Krieges wurde auch noch die Nachtarbeit beseitigt. Dieses Gesetz, das das Baden in der Zeit von 10 Uhr abends bis 6 Uhr morgens verbietet, befragt aber, daß durch Verfügung des Handelsministers der 5-Uhr-Anfang erlaubt werden kann. Für Berlin ist diese Erlaubnis auf Drängen der Bäckermeister bis zum 30. September erteilt worden. Die Befürwortungen, die die Organisation bei dieser Erlaubnis hegte sind zur Tatsache geworden. Die Übertretungen des 5-Uhr-Anfangs sind genau so häufig, wie beim 6-Uhr-Anfang. In einigen Betrieben wird sogar schon nachts gearbeitet. Damit greift auch das Kost- und Logiswesen wieder um sich. Durch Inkonsequenzen in den Provinzzeitungen werden ausmüdigte junge Arbeitskräfte herangelockt, die beim Meister Wohnung nehmen müssen und willfährige Auszubildende der Bäckermeister sind. Die verheirateten Bäcker werden arbeitslos und füllen in schon sehr bedenklicher Anzahl den Arbeitsnachweis. Sie müssen versuchen, in der Industrie als Arbeiter unterzukommen. Für die anderen Bäcker, die oft weit von ihrer Arbeitsstätte entfernt wohnen, war es schon in den Sommermonaten eine Qual, rechtzeitig zur Arbeit zu kommen, da sie so früh noch keine Fahrgelegenheit haben. Durch den langen Weg zur Arbeitsstelle verlängert sich ihre tatsächliche Arbeitszeit beträchtlich. Für die kommenden Wintermonate muß der lange Weg zur Arbeit für die Bäcker geradezu gesundheitschädigend wirken. Der Prozentsatz der tuberkulösen und lungenkranke Bäcker ist ohnehin schon sehr hoch. Es müssen daher von der Organisation bei den Behörden Schritte unternommen werden, um die

### Wiedereinführung des 6-Uhr-Anfangs

zu erwirken. Es kann den Bäckereiarbeitern nicht zugemutet werden, ihre Gesundheit zu opfern, um den Konkurrenzgeist und -streit der Bäckermeister zu fördern.

In der eingehenden Diskussion, in der ein Demagoge die Gewerkschaftsführer und die Sozialdemokratie für die Einführung des 5-Uhr-Anfangs und andere Nachteile verantwortlich machte, wurden die Verhältnisse in den Bäckereien sehr lebhaft kritisiert. Es wurde vor allem darauf hingewiesen, daß ein großer Teil der Bäcker selber schuld ist an den Verhältnissen. Sie mühten in den Betrieben für ihre Rechte einzutreten und nicht, wie es oft vorkommt, den Betriebskontrolle ausübenden Kollegen die Arbeit erschweren. Es wurde dann eine Resolution einstimmig angenommen die den Verbandsvorstand beauftragt, alle Schritte zur Beseitigung des 5-Uhr-Anfangs zu unternehmen. Sollten die Vorstellungen bei den Behörden keinen Erfolg haben, so ist eine Mitgliederversammlung einzuberufen, die über die dann zu ergreifenden Maßnahmen beschließen wird.

### Die AFA-Angestellten der Berliner Metallindustrie.

In der vom AFA-Metallratel am Donnerstagabend einberufenen Abendversammlung berichtete Günther vom Butab über die Gehaltsverhandlung mit dem VBBM, die, wie zu erwarten, zu keinem Ergebnis geführt hat. Die Unternehmer wollen unbedingt an den Januargehältern festhalten. Da der im Mai gefällte Schiedspruch trotz Verbindlichkeitserklärung vom VBBM planmäßig sabotiert wird, soll es praktisch bei den alten Gehältern bleiben. Das müsse vereitelt werden. Jetzt sei der Zeitpunkt da, daß die 56.000 Angestellten der Berliner Metallindustrie sich wehren. Ein neuer Schiedspruch würde schwerlich den Forderungen der Angestellten Rechnung tragen.

In der lebhaften Diskussion kam die berechnete Empörung der Angestellten zum Ausdruck. Besonders wurde betont, daß auch die jugendlichen Angestellten von der Notwendigkeit der gewerkschaftlichen Organisation überzeugt werden müssen. Einstimmig wurde folgende Entschließung angenommen:

„Die am 17. September im Kriegereisenhaus versammelten AFA-Mitglieder des VBA, des Butab und des VBBM der Groß-Berliner Metallindustrie haben von dem negativen Verhandlungsergebnis Kenntnis genommen. Sie geben ihrer Empörung Ausdruck und halten an den vom AFA-Metallratel aufgestellten Forderungen fest. Sollte nach Lage der Dinge die Anrufung der Schlichtungsinstanzen keine wesentliche Verbesserung der sozialen Lage und der überaus niedrigen Gehälter der Angestellten bringen, dann sehen sich die Angestellten der Berliner Metallindustrie gezwungen, unter Anwendung aller, gegebenenfalls des letzten gewerkschaftlichen Machtmittels, für die Verbesserung ihrer Lage zu kämpfen. Alle Anwesenden verpflichten sich, in ihren Betrieben dafür zu sorgen, daß umgehend Betriebsversammlungen einberufen werden, damit auch der letzte Angestellte über die Situation aufgeklärt ist.“

### Verforgungsanstalt bei den Reichsverwaltungen.

Der Verwaltungsrat der Deutschen Reichspost wird sich in seiner Sitzung Ende dieses Monats mit dem nunmehr vorliegenden Schanzen der Verforgungsanstalt, die für die Arbeitnehmer aller Reichsverwaltungen beim Reichspostministerium

errichtet werden soll, beschäftigen. Da die Genehmigung außer Zweifel steht, dürfte die Kasse schlagungsgemäß am 1. Januar 1926 in Kraft treten. Die verschiedenen Landesregierungen sind an diese Stelle nicht angegeschlossen. Der Zentralverband der Angestellten hat sich deshalb an alle Landesregierungen gewandt mit dem Ersuchen, entweder eine eigene Kasse zu bilden oder aber sich der Verforgungsanstalt der Reichsverwaltungen anzuschließen und dabei gleichzeitig Möglichkeiten für den Anschluß der Gemeinden und Gemeindeverbände offen zu halten. Bisher sind Anzeigen von den Landesregierungen noch nicht eingegangen.

### Lohnbewegung der Berliner Gemeindefahrer.

Der Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter hat das Lohnabkommen für die Rammerei- und Regiearbeiter gekündigt und eine Erhöhung der Stundenlöhne um 10 Pf. beantragt.

Die Verhandlungen über diesen Antrag werden im Laufe der nächsten Woche vor sich gehen.

### Lohnabkommen in der Rammindustrie.

In einer Versammlung der Rammarbeiter am Mittwochabend berichtete Picht vom Holzarbeiterverband über das Ergebnis der Lohnverhandlung. Nach dem neuen Tarif erhalten Facharbeiter 95 Pf. Stundenlohn; Hilfsarbeiter über 20 Jahre 72 Pf., von 18 bis 20 Jahren 61 Pf., von 16 bis 18 Jahren 50 Pf., von 15 bis 16 Jahren 44 Pf., unter 15 Jahren 38 Pf. Für Facharbeiterinnen wurde ein Lohn von 55 und 58 Pf. festgelegt. Hilfsarbeiterinnen über 20 Jahre erhalten 46 Pf., von 18 bis 20 Jahren 42 Pf., von 16 bis 18 Jahren 38 Pf., von 15 bis 16 Jahren 35 Pf., unter 15 Jahren 31 Pf. Die Akkordpreise erhöhen sich entsprechend der Regel, daß Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mit durchschnittlicher Arbeitsleistung 20 Proz. über den neuen Tariflohn erhalten. Das neue Lohnabkommen läuft bis zum 30. Dezember. Sollten sich jedoch die Lebensverhältnisse um mehr als 5 Proz. erhöhen, dann soll den veränderten Verhältnissen Rechnung getragen werden. Die Diskussion ergab, daß die Arbeitnehmerschaft mit dem neuen Tarifvertrag keineswegs zufrieden ist. Wegen einer starken Minderheit wurde das Lohnabkommen angenommen.

### Aus der Knopfindustrie.

In einer Versammlung der Knopfarbeiter referierte Picht vom Holzarbeiterverband über die Lage in der Knopfindustrie. Da gegenwärtig in der Branche tariflos gearbeitet wird, glauben die Arbeitgeber, die Löhne willkürlich diktieren zu können. In einigen Betrieben werden ganz besonders niedrige Löhne gezahlt, da deren Belegschaften unorganisiert sind. Aufgabe des Holzarbeiterverbandes ist es, einen brauchbaren Reichstarifvertrag zu schaffen. In der Aussprache kam der feste Wille zum Ausdruck, unter allen Umständen an der 46stündigen Arbeitswoche festzuhalten.

Ueber die Arbeitsnachweisfrage referierte Frau Thomas. Sie appellierte an die Versammlung, den Arbeitsnachweis der Organisation mehr als bisher zu benutzen. Nur dann sei an ein geregeltes Arbeitsverhältnis zu denken.

### Zweiter Gewerkschaftskursus des ADB.

Der Allgemeine Deutsche Beamtenbund veranstaltet seinen zweiten Gewerkschaftskursus in der Zeit vom 5. bis 10. Oktober in der Deutschen Hochschule für Politik, Berlin, Schinkelplatz 6. Dieser Gewerkschaftskursus stellt den Versuch dar, durch die Art der Behandlung des Vorlesungsstoffes eine Steigerung des Interesses der Funktionäre an den aktuellen gewerkschaftspolitischen Fragen zu bewirken und damit eine stärkere Aktivität der gewerkschaftspolitischen Praxis herbeizuführen. Zur Erreichung dieses Zieles sind unter anderem folgende Vorlesungen vorgesehen: Moderne Staatslehren, Steuer- und Zollpolitik, Gewerkschaftsorganen, Ruffische Wirtschaftspolitik und Wirtschaftspolitik, Das Mitbestimmungsrecht der Beamten in Betrieb und Verwaltung, Internationale Bildungsbestrebungen, Lohn- und Besoldungspolitik, Agitation und Organisation, Auswertung des Schriftwesens des ADB, Redekunst. Als Dozenten haben sich zur Verfügung gestellt: Ministerialdirektor Brill, Dr. P. Herz, Paul Döberlein, Geheimrat Dr. Bachem, Richard Seidel, Studienrat Dr. Kahner, Händler, Döbling, Rogur, Falkenberg.

Die bisher vorliegenden Anmeldungen versprechen eine starke Beteiligung der Funktionäre aller dem ADB angeschlossenen Organisationen.

### Preisabbau — Lohnabbau.

Uns wird geschrieben: Die Regierung Luther hat die Worte gefunden, um die Lebensmittelsteuerung schmackhaft zu machen. Die Unternehmer vollbringen die Tat.

Die Babeco-Werke, Prenzlauer Allee 38, scheinen es sehr eilig zu haben, der Belegschaft den Brotkorb höher zu hängen. Der Betriebsleiter ist drauf und dran, die Fabrikation der Motorräder auf Kosten der Arbeitskraft zu verbilligen. Wiederholte Vorstellungen des Betriebsrates, die technischen Einrichtungen zu verbessern und dadurch die Herstellung zu verbilligen, wurde mit Abschlüssen und Entlassung beantwortet. Selbst vor dem Betriebsratsgesetz wurde nicht halt gemacht, da auch aktive Betriebsräte entlassen wurden. Den Bogen hat der Betriebsleiter diese Woche abgeschossen, indem er erklärte, den bis jetzt gezahlten Lohn, für Dreher 85 bis 95 Pf., im Akkord 1,20 M., für Revolverdreher 75 Pf., im Akkord 1,20 M., nicht mehr zu zahlen; dafür den Dreher 78 Pf. Lohn und 1,05 im Akkord, 75 Pf. Lohn und 0,95 im Akkord für Revolverdreher zu zahlen. Wer das nicht will und annimmt, könne gehen.

Die Abteilung Dreherei bestand aus 21 Kollegen; jetzt sind noch

zirka sechs beschäftigt. Die Entlassungen wurden aus Arbeitsmangel vorgenommen, gesagt aber wurde, sie seien zu teuer. Die besten Kollegen sind fort, und der übrige Teil hat noch nicht den Mut ausgebracht, sich zu wehren, da sie sich ihrer Schwäche bewußt sind; denn 90 Proz. der noch arbeitenden Kollegen sind unorganisiert und halten es nicht für notwendig, sich dem DVB anzuschließen, weil es Beitrag kostet. Mit solchen Arbeitern brauchen sich die Unternehmer nicht zu genieren, Arbeitsgenossen hinein in die Organisation. Durch Nacht zum Sieg!

### Neue Zechenstilllegung.

Barmen, 16. September. (Mit.) Da der Zechen „Alte Haase“ der zur Fortführung des Betriebes notwendige Kredit von drei Millionen Mark nicht bewilligt wurde, mußte die Zechen noch fördernde Zechen im südlichen Randgebiet ihren Betrieb einstellen. Rund 1000 Arbeiter wurden entlassen.

### Zum Schiedspruch im niederschlesischen Bergbau.

Breslau, 17. September. (Eigener Drahtbericht.) Im niederschlesischen Bergbau sind durch Schiedspruch des Schlichters in der vorigen Woche sämtliche Tarif- und Gehaltsbedingungen um 7 Pf. erhöht worden. Die Arbeiterorganisationen haben den Spruch angenommen, die Arbeitgeber ihn angelehnt, woraufhin jetzt Verbindlichkeitsklärung beim Reichsarbeitsministerium beantragt wurde. Die „Karlshütte“ bei Waldenburg verweigert neuerdings, einen 20prozentigen Lohnabzug durchzuführen, den sie mit Auftragsverminderung aus Oberschlesien infolge des deutsch-polnischen Zollkrieges begründet.

### Die Gewerkschaften in England.

Die Mitgliederzahl der englischen Gewerkschaften ist von 4.328.325 im Jahre 1924 auf 4.342.982 im Jahre 1925 mithin um 14.657 gestiegen. Die Zahl der einzelnen Verbände beträgt nahezu 2000, worunter 70 Verbände unter 100 Mitgliedern, 62 Organisationen mit 100 bis 300 Mitgliedern, 40 Organisationen mit 300 bis 500 und 39 Organisationen mit 500 bis 1000 Mitgliedern sich befinden. Die Spezialisierung geht so weit, daß es z. B. eine Organisation für Spengler gibt, die Kaltwasserrohre reparieren und eine solche für Arbeiter der Warmwasserrohre. Unter diesen Umständen bedeutete der Antrag auf Zusammenfassung aller Arbeiter in einer einzigen Organisation einen Sprung ins gegenteilige Extrem, den der Kongress ablehnte. Man hat jedoch erkannt, daß die gegenwärtige Zersplitterung unhaltbar ist und zu engerem Zusammenschluß drängt. A.T.A. meldet z. B. unterm 16. September aus London:

Die Konferenz der Vertreter der Gesellschaft der Lokomotivführer, Techniker und Heizer beschloß, dem in Vorschlag gebrachten neuen Industriebündnis beizutreten, um gemeinsam mit der Bergarbeitervereinigung, den drei Eisenbahnergewerkschaften sowie den technischen und Transportarbeitern zum Zwecke gemeinsamen Vorgehens zur gegenseitigen Hilfe zusammenzuwirken.

### Plantwirtschaft in der englischen Textilindustrie?

Ein zum Studium der schwierigen Lage in der englischen Baumwollindustrie eingesetztes Komitee, in welchem sowohl Arbeitgeber wie Arbeitnehmer vertreten sind, hat einen Plan entworfen, wonach ein Beirat eingesetzt werden soll, der eine systematische Kontrolle über diese Industrie ausüben und dem das Recht erteilt werden soll, von den Spinnereien Statistiken einzufordern, Arbeitsstunden festzusetzen und Vortreibungen für Ueberarbeit zu treffen. Dieser Beirat würde ebenfalls solche Fragen wie Festsetzung der Mindestpreise und Schaffung von Fonds durch Auflagen zu behandeln haben. Die Entschließungen des Beirates sollen unter Umständen zwangsweise durchgeführt und solchen Spinnereibesitzern die Arbeit entzogen werden, die sich nicht fügen wollen. In einem solchen Falle würden die betroffenen Arbeiter entschädigt werden. Der dem Plan zugrundeliegende Gedanke ist die Verhinderung der Wiederkehr der verheerenden Verluste, die Aufrechterhaltung angemessener Bezahlung und vernünftiger Arbeitsstunden, und gleichzeitig die Industrie leistungsfähig zu erhalten, um dem ständig zunehmenden Wettbewerb gewachsen zu sein.

### Nach europäischem Muster.

(A.T.A.) In den meisten Ländern erzeugt die kommunistische Gewerkschaftspolitik den Kreislauf der ersten Spaltung durch Austritt oder Ausschluss der Kommunisten und die Gründung einer Gegenorganisation, der zweiten Spaltung durch die Gründung autonomer Verbände und schließlich der allmählichen Rückkehr der autonomen und kommunistischen Elemente in die regulären Gewerkschaften.

Dieses Schema scheint auch in Japan befolgt zu werden, wo es bekanntlich seit dem letzten allgemeinen Gewerkschaftskongress zur Spaltung und zur Gründung einer dissidenten Organisation, dem Alljapanischen Gewerkschaftsrat, gekommen ist. Die zweite Phase scheint nun einzutreten, indem der Gewerkschaftsbund von Kobe auf einer Versammlung, der 100 Vertreter der angeschlossenen Organisationen beiwohnten, beschloß, sich unter dem Namen „Kobe-hyogai-hai“ unabhängig zu machen. Die Versammlung war insofern von besonderem Interesse, als auch gleichzeitig die sofortige Gründung einer Arbeiterpartei beschlossen wurde, ferner die Einleitung einer großen Kampagne gegen die Arbeitslosigkeit und — da man es glücklicherweise einer Zersplitterung der Bewegung gebracht hat — natürlich zur Aufstellung eines Planes für die „Zusammenfassung“ aller Gewerkschaften Japans.

Verantwortlich für Politik: Ernst Reuter; Wirtschaft: Kurt Gattermann; Gewerkschaftsbewegung: Felix Eckstein; R. D. Böcher; Lokales und Sonstiges: Erik Roth; Anzeigen: H. Glöck; (ämtlich in Berlin). Verlag: Hermanns-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Hermanns-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin S.W. 68, Lindenstraße 2, Block 1, 1. Etage.



# Ulster und Paletots

reich sortiert in allen Farben und Formen  
Preiswert in unseren anerkannt guten Qualitäten

Herr.-Ulster Diagonal- murengo-Cheviot, mod. Form	53 <sup>00</sup>	Wint.-Paletot mit Samt- kragen in mod. Form 120, 100, 55	68 <sup>00</sup>	Jüngl.-Ulster Flanell- Cheviot in grau, braun u. olt	48 <sup>00</sup>	Jüngl.-Paletots Maren- go-Cheviot mit Samtkragen ganz gefüttert . . . 55.-, 11.-	65 <sup>00</sup>
Herr.-Ulster dunkelgrün u. dunkelbraun mel. Wint.-Chev.	59 <sup>00</sup>	Rock-Palet. Maren- go-Chev. u. Saitella, vordr. 1/2	105 <sup>00</sup>	Jüngl.-Ulster Fischgrät. Cheviot braun u. grau meliert	53 <sup>00</sup>	Knab.-Schlupfer, olt, braun u. blaugrau, Chev. für 8 J.	21 <sup>00</sup>
Herr.-Ulster Maren- go-Chev., sehr strapazierfäh. Qual.	68 <sup>00</sup>	Rock-Paletot schwarz Mellon-Cheviot auf Saitella	110 <sup>00</sup>	Jüngl.-Ulster dunkel- farb. Cheviot mit dez. Ueberkaro	59 <sup>00</sup>	Knab.-Schlupf., braun- mel. und blaugrauer Diagonal Cheviot für 6 Jahr . . . . .	28 <sup>00</sup>
Herr.-Ulster dunkelgrün, schwer, Chev. m. kariert. Absatte	80 <sup>00</sup>	Rock-Paletot beste Qualität in Maren- go-Cheviot	140 <sup>00</sup>	Jüngl.-Ulster Maren- go-Cheviot, besond. dez. Qual.	65 <sup>00</sup>	Knab.-Schlupf., hell- mel. gran-grün u. br. Flanell f. 8 J.	32 <sup>00</sup>
Herr.-Ulster reines, sehr tragf. Chev. maren- go u. dunkelbl.	95 <sup>00</sup>	Jüngl.-Ulster dunkel- farb. Cheviot mod. Form	44 <sup>00</sup>	Jüngl.-Ulster Braun, Di- agonal-Chev., flotte Ausföhrung	74 <sup>00</sup>	Knab.-Kieler Pyjack halbbaer blauer Cheviot, m. Arm- bündchen, für 8 Jahr . . . . .	15 <sup>00</sup>
Herr.-Ulster dunkelbraun apart kariert. Wint.-Cheviot	95 <sup>00</sup>	Gabardine-Mantel	68 <sup>00</sup>	Loden-Mantel	27 <sup>00</sup>	Knab.-Kieler Pyjack aus prima blau Tuch u. Cheviot, m. Seppfalter für 6 Jahr 44.-	42 <sup>00</sup>
Herr.-Ulster dunkel- grün, melierter Velours	100 <sup>00</sup>	Gummi-Mantel	19 <sup>00</sup>	Dam-Regenmant.	38 <sup>00</sup>		
Herr.-Ulster dunkel- grauer Wint.-Cheviot	125 <sup>00</sup>						

**Leineweber**  
Berlin C, Köllnischer Fischmarkt 4-6